

Antwort DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine der Neuen Richtervereinigung – Zusammenschluss von Richterinnen und Richtern, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten e.V. – Landesverband Berlin-Brandenburg

1. Treten Sie für mehr Selbstverwaltung und Autonomie in der Justiz ein und was werden Sie noch vor der hierzu anstehenden Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (C- 272/19) tun, damit die rechtsprechende Gewalt zukünftig nicht mehr von der Exekutive verwaltet wird?

Insbesondere durch die europäische Ebene hat dieses Thema in Deutschland an Bedeutung gewonnen. Daraus resultierten auch die Forderungen der Parlamentarischen Versammlung des Europarates aus dem Jahr 2009 an die Bundesrepublik Deutschland. Und trotzdem ist das Zitat des preußischen Justizministers Leonhardt nach wie vor aktuell, der einst zur Unabhängigkeit der Richter bemerkte: „Solange ich über die Beförderung bestimme, bin ich gerne bereit, den Richtern ihre sogenannte Unabhängigkeit zu konzedieren.“ Das Zitat aus dem 19. Jahrhundert ist auch heute noch zutreffend und geeignet, die herrschenden Zustände zu beschreiben. An der Stellung der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte hat sich seither nur wenig geändert. Der Einfluss der Exekutive auf die rechtsprechende Gewalt ist nach wie vor sehr hoch und der Gewaltenteilungsgrundsatz des Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz wird damit mindestens gefährdet. DIE LINKE setzt sich seit Jahren für die Herstellung der institutionellen Unabhängigkeit der Justiz ein. Die Linksfraktion hat dazu mehrere Gesetzentwürfe in den Bundestag eingebracht.

2. Wie wollen Sie sich ganz konkret dafür einsetzen, dass die vom Europäischen Gerichtshof (C-508/18; C-82/19; C-509/18) festgestellte fehlende Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften tatsächlich alsbald hergestellt wird?

Bereits 2013 hatte sich das brandenburgische Justizressort auf der Justizministerkonferenz für eine Abschaffung des externen Weisungsrechts eingesetzt und eine Initiative eingebracht. Auch die nachträgliche richterliche Bestätigung der Haftbefehle kann nur eine „Übergangslösung“ darstellen, die vom EuGH eingeforderte Unabhängigkeit kann sie nicht ersetzen. Die EuGH-Entscheidung stellt die gesamte Justiz der Bundesrepublik vor große Herausforderungen. Hier sind nur bundeseinheitliche Lösungen vorstellbar. Diese sollten in der Justizministerkonferenz erarbeitet werden.

3. Sind Sie wie die Landesregierung in deren Evaluationsbericht aus Oktober 2015 (LT Drucksache 6/2831, S. 17) ebenfalls der Ansicht, dass der Richterwahlausschuss in Brandenburg auch jetzt schon im Regelfall eine Person wählen kann, die der Justizminister nicht vorgeschlagen hat?

Ja

4. Befürworten Sie, dass wie in Berlin auch im Richterwahlausschuss des Landes Brandenburg eine zwingende Berichterstattung bei allen Personalentscheidungen stattfindet?

Ja

5. Sind Sie für die Reformierung des derzeitigen Beurteilungswesens innerhalb der rechtsprechenden Gewalt und unterstützen Sie das Modell, notwendige Beurteilungen von Richterinnen und Richtern durch unabhängige richterliche Spruchkörper anstatt von weisungsabhängigen Exekutivbeamten vornehmen zu lassen?

Ja

6. Unterstützen Sie den Vorschlag, den Präsidien der Gerichte ein gesetzlich verbrieftes Recht einzuräumen, den in richterlicher Unabhängigkeit für vor Ort als notwendig ermittelten Personalbedarf unmittelbar gegenüber dem Haushaltsgesetzgeber angeben zu können?

Die Präsident*innen der Obergerichte sind in der vergangenen Legislaturperiode immer wieder in den Rechtsausschuss des Landtages eingeladen worden, um über die aktuelle Situation in den jeweiligen Gerichtsbarkeiten zu berichten. Dabei wurde auch stets die Personalsituation debattiert. Insofern halten wir ein solches Recht nicht für erforderlich. Die Justiz in Brandenburg ist sicher nicht ausreichend ausgestattet und damit auf den anstehenden demografischen Wechsel in der Richterschaft nicht gut vorbereitet. Auch wenn durch die Verwaltung immer wieder erklärt wird, dass die Justiz leistungsfähig sei, muss man wohl feststellen, dass das nur bedingt stimmt und ausschließlich am hohen Einsatz der Richterinnen, Richter, Staatsanwältinnen, Staatsanwälte, Rechtspflegerinnen, Rechtspfleger sowie der Angestellten liegt. Mit den Entscheidungen zum Haushalt 2019 und 2020 sind aber deutliche Zeichen für eine verantwortungsvolle Personalpolitik gesetzt worden. So konnten in diesem Jahr bereits 26 Proberichterinnen und Proberichter ernannt werden.

7. Werden Sie dafür sorgen, dass den Personalräten bei allen Maßnahmen der Dienststelle ebenfalls ein uneingeschränktes Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird (wie den Richterräten ab 2020)?

Eine solche Änderung des Personalvertretungsrechts werden wir unterstützen.

8. Wie begründen Sie angesichts der Vielzahl der Unterschiede in ganz maßgeblichen richterrechtlichen Vorschriften der Länder Berlin und Brandenburg ein weiteres Festhalten an den gemeinsamen Fachobergerichten oder lehnen Sie dies ab?

Die gemeinsamen Fachobergerichte haben sich nach unserer Auffassung bewährt. Dass die dort tätigen Richter*innen unterschiedlichen richterrechtlichen Vorschriften unterliegen, ist nun einmal Realität. Leider haben sich die entsprechenden Vorschriften von Berlin und Brandenburg in den vergangenen weiter auseinanderentwickelt, was wir bedauern. Allerdings war z.B. die Aufnahme einer progressiven Regelung zur richterlichen Unabhängigkeit in das Richterrecht mit der Berliner Seite leider nicht zu erreichen.

9. Wie stehen Sie insbesondere dazu, dass die Richterinnen und Richter an den gemeinsamen Fachobergerichten in Abhängigkeit vom Gerichtssitz entweder in Berlin oder Brandenburg unterschiedlich alimentiert werden und unterschiedlichen Regelungen für die Pensionierung unterliegen?

Die unterschiedlichen Alimentierungen und Pensionsgrenzen sind eine Folge der Föderalismusreform, die DIE LINKE mindestens auf dem Gebiet des Personalrechts rückgängig machen möchte, um den Überbietungswettkampf zwischen dem Bund und den Ländern zu beenden.

10. Welche konkreten Maßnahmen sind noch vor der drohenden Feststellung der Verfassungswidrigkeit der derzeitigen und vergangenen Alimentation der Richterinnen und Richter in Brandenburg von Ihnen zu erwarten?

DIE LINKE setzt sich für eine verfassungsgemäße Alimentation von allen Bediensteten, also auch der Richter*innen ein. Nach unserer Kenntnis laufen die entsprechenden Verfahren. Deren Ausgang bleibt abzuwarten. Zudem hat es in den vergangenen Jahren deutliche Verbesserungen bei der Alimentation von Richter*innen im Land Brandenburg gegeben, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der festgestellten Verfassungswidrigkeit der Beamtenbesoldung in den Jahren 2006 – 2015.